

Heute und morgen tagt in Karlsruhe der CDU-Bundesparteitag

Themenwahl

Die CDU-Führung legt den Delegierten des Parteitagstages zwei Leitartikel zur Abstimmung vor. Weitere Themen sind Aussetzung der Wehrpflicht, Stuttgart 21 und das von Parteichefin Merkel geforderte Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID).

LEITANTRAG »FAIRE CHANCEN FÜR JEDES KIND«: Die CDU will den Teufelskreis von etwa 2,5 Millionen in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen in Deutschland durchbrechen. Ihr Leitbild dafür ist die »Chancengesellschaft«. »Kein Kind darf verloren gehen, jedes ist uns gleich viel wert«, heißt es in dem Antrag.

LEITANTRAG »VERANTWORTUNG ZUKUNFT«: In dem Antrag betont die CDU-Führung ihre Werte der Familie als Keimzelle einer freiheitlichen Gesellschaft, der Sozialen Marktwirtschaft und die Notwendigkeit guter wirtschaftlicher Entwicklung für den Wohlstand des Landes. Das Energiekonzept der Regierung mit längeren Atomlaufzeiten wird verteidigt.

PID: Die sogenannte Präimplantationsdiagnostik könnte das heikelste Thema des Parteitagstages werden. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die CDU für ein Verbot der PID aus, bei der im Reagenzglas erzeugte Embryonen vor ihrer Einpflanzung in den Mutterleib auf Erbkrankheiten untersucht und aussortiert werden können. Im Unterschied zu Merkel plädieren ihre Kabinettsmitglieder und Parteifreundinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder für eine Zulassung in engen Grenzen.

WEHRPFLICHT: Die CDU will die seit über 50 Jahren bestehende Wehrpflicht aussetzen. Was im Sommer noch nach Revolution in der Union aussah, dürfte beim Parteitag sang- und klanglos über die Bühne gehen.

STUTTGART 21: Der Kreisverband Stuttgart beantragt, dass sich die Bundespartei ausdrücklich zum umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21 bekennt. Im September hatte sich Merkel überraschend öffentlich hinter den Bau gestellt.

dpa/ND



Mal sehen, zu welchem Gesichtsausdruck die Parteitagstagsdelegierten ihre Vorsitzende in den nächsten beiden Tagen animieren.

Foto: dpa/Krumm

Schaulaufen oder Drahtseilakt?

Die CDU-Chefin und Kanzlerin muss zeigen, ob und wie sie ihren Laden im Griff hat

Von Gabriele Oertel

Eintausend Delegierte, ebenso viele Gäste und noch einmal 1000 Journalisten werden heute und morgen mit Argusaugen beobachten, ob und wie die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel ihren Laden im Griff hat. Parteitage waren bislang eine ihrer leichteren Übungen. Diesmal jedoch liegen ein verpatzter Regierungsstart, eine kontroverse Debatte ums Konservative in der Union, anhaltender Mitgliederschwund und ein bislang einmaliger Aderlass unter den Spitzenfunktionären hinter ihr.

Dass auf dem Messegelände in Karlsruhe Termine mit der Parteichefin oder diversen Ministerpräsidenten angeboten werden, ist eher unwahrscheinlich. Durch eine solche umtriebige Aktion hat Merkel schließlich vor nicht allzu langer Zeit einen Landesvater und Parteivize verloren. Aber nicht nur Jürgen Rüttgers muss auf diesem Parteitag ersetzt werden. Auch der Ex-Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, der sich lange als Widersacher der CDU-Chefin inszenierte, hat seinen Job hingeschmissen. Christian Wulff, den Konkurrenten aus Niedersachsens Staatskanzlei, hat die Kanzlerin höchstselbst ins Bundespräsidialamt nach

Berlin entsorgt. Und ihr Lieblingsministerpräsident Dieter Althaus aus Thüringen ist ihr auf einer Skulptur in Österreich abhanden gekommen. Abgänge über Abgänge im engeren CDU-Führungszirkel. Und nicht nur da. In den letzten zehn Jahren, in denen Merkel die Parteichefin ist, hat die CDU fast 100 000 Mitglieder verloren.

Insider machen dafür auch die CDU-Chefin höchstselbst verantwortlich. Sie werfen Merkel vor, den konservativen Flügel in ihrer Partei zu vernachlässigen. Nicht zuletzt Vertriebenen-Chefin Erika Steinbach hatte diese vermeintliche Entwicklung zum Anlass genommen, um nach ihren auch in der eigenen Partei kritisierten ahistorischen Einlassungen zur polnischen Mobilmachung vor dem Zweiten Weltkrieg ihre Kandidatur für den CDU-Bundesvorstand zurückzuziehen. Dass die Frau auch gleich noch eine Debatte über die großen Chancen einer Partei rechts neben CDU/CSU vom Zaune brach, dürfte Merkel wenig gefallen haben. Unentwegt buchstabierte sie in jenen turbulenten Septembertagen die drei Quellen und Bestandteile der Union – christosoziale, liberale und konservative – herunter und lehnte den geforderten Kurswechsel nach rechts ab.

Die Debatte zur Präimplantationsdiagnostik dürfte auf dem Parteitag den vergnatzten Konservativen als Nagelprobe geeignet erscheinen. Die Parteichefin hatte sich – dem Grundsatzprogramm entsprechend – für ein Verbot ausgesprochen. Andere in der CDU, darunter Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und Familienministerin Kristina Schröder, sehen das indes entspannter. Verliert die Kanzlerin in dieser Frage an Boden, dürfte dies den Konservativen als Bestätigung ihrer seit Merkels öffentlicher Papstkritik gepflegten Vorurteile eines allzu modernen CDU-Kurses dienen.

Dagegen erwarten Beobachter, dass die Aussetzung der Wehrpflicht unter den Delegierten nicht mehr für übermäßig viel Zoff sorgen wird. Nachdem selbst im bayrischen Hort der Wehrpflichtbewahrer, die noch vor Monaten den Verlust des eigentlichen Markenkerns der Union beschworen hatten, das Vorhaben von Verteidigungsminister zu Guttenberg durchgewinkt worden war, ist bei der CDU in Karlsruhe kaum Ungeheim zu erwarten. Ganz abgesehen davon, dass der Adlige aus der CSU auch unter den Christdemokraten als möglicher Merkel-Nachfolger gehandelt wird.

Dass solche Spekulationen allerdings überhaupt an diesen beiden Tagen mehr als hinter vorgehaltener Hand debattiert werden oder die Parteichefin bei der Wiederwahl drakonisch abgestraft wird, ist eher nicht zu fürchten. Auch die schärfsten Merkel-Kritiker wissen, dass die CDU sich nach dem desaströsen ersten Jahr der sogenannten Wunschkoalition, anhaltend miesen Umfragewerten und dem scharfen Gegenwind aus der Bevölkerung in Sachen Atompolitik kein innerparteiliches Scharmützel leisten kann. Schließlich stehen 2011 mehrere Landtagswahlen auf dem politischen Kalender. Allen voran die in Baden-Württemberg, wo die CDU ununterbrochen seit über 50 Jahren regiert – und gerade ob der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 dabei ist, massiv an Boden zu verlieren. Wird Baden-Württemberg ein ebensolches Fiasco wie NRW in diesem Frühjahr, könnte sich allerdings der Zug für Angela Merkel in Richtung Abstellgleis in Bewegung setzen. Schließlich hat die CDU-Chefin in gewisser Weise ihr Schicksal als Kanzlerin an das Gelingen des Bahnprojektes in Stuttgart gebunden – und die Landtagswahl als Volksabstimmung bezeichnet. Vielleicht war das ein Machtwort zu viel.

Spitzenwahl

Die CDU wählt heute eine neue Spitze. Weder Parteichefin Angela Merkel noch die vier Bewerber um die Vizeposten haben bisher Gegenkandidaten. Neu im engeren Führungsteam sollen Ursula von der Leyen, Norbert Röttgen und Volker Bouffier sein, die für Christian Wulff, Jürgen Rüttgers und Roland Koch kommen. Annette Schavan dürfte CDU-Vize bleiben.

ANGELA MERKEL (56): Sie steht seit April 2000 an der Spitze der CDU. Seit 2005 ist Merkel Kanzlerin. Als CDU-Chefin erhielt Merkel bislang Ergebnisse zwischen 88 (2004) und 95 Prozent (2008). Alles deutlich unter 90 Prozent in Karlsruhe, so meinen Mitglieder, müsste sie als Warnung verstehen.

URSULA VON DER LEYEN (52): Die Bundesarbeitsministerin soll den Platz von Christian Wulff als CDU-Bundesvize einnehmen. Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (39) lässt der Ärztin den Vortritt, die schon als Bundesfamilienministerin Merkels Reformkurs mit durchgesetzt hat.

NORBERT RÖTTGEN (45): Der Bundesumweltminister steht unter Beschuss, weil die Koalition die Atom-Laufzeiten verlängert hat – um bis zu 14 Jahre. Röttgen wollte weniger. Der Jurist verteidigt die Atombeschlüsse aber vehement. Als neuer CDU-Chef in NRW ist er politisch gestärkt.

VOLKER BOUFFIER (58): Der Nachfolger von Roland Koch als Hessens Ministerpräsident soll auch sein Nachfolger im CDU-Präsidium werden. Bouffier trägt den Ruf eines innenpolitischen Hardliners. Er wäre in der engeren CDU-Spitze der einzige Vertreter des konservativen Flügels und der einzige, der aus den Ländern kommt.

ANNETTE SCHAVAN (55): Die Bildungs- und Forschungsministerin ist eine Vertraute von Merkel. Im Kabinett ist die Rheinländerin eine eher stille Vertreterin. Sie startete als Seiteneinsteigerin in Baden-Württemberg, zehn Jahre war sie dort Kultusministerin. Sie ist bereits seit 1998 stellvertretende CDU-Chefin.

dpa/ND

Ein Parlamentsprotokoll und die Kommunistenverfolgung im Jahre 2010

Die Linksfraktion im Bundestag fordert Rehabilitierung von antifaschistischen Widerstandskämpfern, die Union feuert ideologische Breitseiten dagegen

Von René Heilig

Eigentlich sollte sich der Bundestag nicht mit offenkundigen Selbstverständlichkeiten befassen (müssen). Doch im Hohen Haus wütet noch immer der Kalte Krieg. Er verhindert, dass allen Kämpfern gegen das Nazi-Regime Gerechtigkeit widerfährt. Auszüge aus einer Debatte, die Erschreckendes über ideologische Beschränktheit verrät.

Manche Debatten im Parlament gehen einfach »unter«. Aber man kann sie nachlesen. Da ist zunächst ein Antrag der Linksfraktion vom 16. Juni 2010, Drucksache 17/2201. Zitat: »Der Deutsche Bundestag ehrt in besonderer Weise die Leistungen der Frauen und Männer, die sich aktiv gegen das NS-Regime gewandt haben und in zahlreichen Fällen ihr Leben eingesetzt haben, um Widerstand gegen die Naziherrschaft in Deutschland zu leisten. Er sieht diesen, nicht sehr zahlreichen, Widerstand gegen das Hitler-Regime in seiner Integrität als unteilbar an. Die An-

erkennung des politischen Widerstandes der Kommunistinnen und Kommunisten (...) gehört für den Deutschen Bundestag zum unteilbaren Erbe des Widerstandes gegen das NS-Regime.«

Klar doch! Möchte man sagen, doch wer die zum Antrag gehörende Debatte nachliest, den ereilt kaltes Grausen. Sie fand am vergangenen Donnerstag statt und wurde vom Unionsabgeordneten **Klaus-Peter Willsch** aus Bad Schwalbach eröffnet. Wann, so fragte er die linken Antragsteller, »werfen Sie endlich ihren ideologischen Ballast über Bord und belästigen nicht immer wieder dieses Haus mit ihrer kommunistischen Traditionspflege?« Sodann bot er ein Schaustück in einseitiger Geschichtsbetrachtung, wie es – umgekehrt – einstige SED-Ideologen nicht besser vermocht hätten. Er versuchte die deutschen Kommunisten, von denen nicht wenige selbst unsagbar unter Stalins Diktatur gelitten haben, mitschuldig zu machen an den Säuberungen der 30er Jahre in der Sowjetunion.

Kalter Krieg, Modell-West, Anno 2010: Im Zusammenhang mit dem KPD-Verbotsverfahren in der Bundesrepublik kam es zwischen 1950 und 1968 zu rund 200 000 Ermittlungsverfahren gegen (auch mutmaßliche) Kommunisten. Zwischen 7000 und 10 000 wurden verurteilt. Neben dem häufigen Verlust des Arbeitsplatzes, der staatsbürgerlichen Rechte und sonstiger Einschränkungen für die Verfolgten, verging sich der Staat auch am Bundesentschädigungsgesetz (BEG). Laut Paragraph 6 Absatz 1,2 war von Entschädigung ausgeschlossen, wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpfte. Das unterstellten auftrags erfüllende Juristen – viele dienten beflissen schon in Hitlers Willkür-Reich – den Kommunisten.

Nun fordert die Bundestagsfraktion der LINKEN die Wiedereinführung von Anstand und einen Härtefonds.

Klar stünde »außer Frage«, dass Kommunisten die nationalsozialistische Gewaltherrschaft bekämpften. »Doch wofür? Was vorher sprichwörtlich nur Programm war, wurde nach Kriegsende sehr schnell Wirklichkeit. Jene, die vorher gemütlich in ihren östlichen Widerstandsnestern bei Vätern Stalin ausgeharrt hatten, kamen nun nach Ost-Berlin zurück und errichteten genau das, was sie wollten: die zweite Diktatur auf deutschem Boden.« Dass

Willsch namens der Union den Antrag der LINKEN ablehnte, ist klar. Denn er sei »nur eines: Eine Verhöhnung derer, die wirklich gegen Tyrannei und für die Freiheit gekämpft haben!«

Bettina Kudla sprang ihrem CDU-Kollegen bei: »Dass die Bundesrepublik als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat Anhängern des Stalinismus die Opferrolle in Form opulent gefüllter Entschädigungsfonds versagt, ist konsequent und eine Würdigung von zig Milli-

onen wirklichen Opfern«, tat sie kund und trat an gegen Legenden, mit denen die SED nur vertuschen wollte, »dass die kommunistische Politik indirekt dazu beitrug, dass die Nationalsozialisten an die Macht kamen und Widerstand überhaupt erst notwendig wurde«.

Nur um Kudlas Kompetenz zu illustrieren: 1962 geboren, studierte sie in München Betriebswirtschaft, kam 1990 nach Halle und ist heute Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen der Stadt Leipzig.

Man kann, so man wirklich will, im Bundestagsprotokoll nachlesen, was die SPD-Abgeordnete **Gabriele Fograscher** beizusteuern hatte. Der Zwang zu Effizienz spricht gegen die Lektüre. Dass die »Befassung mit Geschichte (...) immer lehrreich ist«, stimmt gewiss. Man fragt sich jedoch, warum es der FDP-Abgeordnete **Stefan Ruppert** dann unterlässt. Klar in der Position trat dagegen **Volker Beck** von den Grünen auf. Er erinnerte daran, dass das Bundesentschädigungsgesetz »viele benachteiligt hat, vor allem ausländische Ver-

folgte und verschiedene deutsche Verfolgengruppen, wie Sinti und Roma, Wehrdienstverweigerer, Homosexuelle, vom NS-Erbgesundheitsgesetz Betroffene, sogenannte Asoziale und durch eine eigene Ausschussklausel eben auch die Kommunistinnen und Kommunisten.« Doch sie gehörten zu »den aktivsten Widerstandskämpfern; sie wurden in den Konzentrationslagern geschunden, gequält und ermordet«. Becks Fazit: »Es gab und gibt keinerlei Grund, Menschen aus dieser Opfergruppe eine Entschädigung vorzuenthalten.«

Jan Korte von der Linksfraktion, auf dessen Initiative der Antrag maßgeblich basiert, zitierte aus einem 2009er »Spiegel«-Artikel, der offenbar keinen Einlass ins Handarchiv der Union fand: »Die Zahl der zwischen 1951 und 1968 gefällten Urteile gegen Kommunisten lag siebenmal so hoch wie die gegen NS-Täter – obwohl die Nazis Millionen Menschen ermordet hatten, während man westdeutschen Kommunisten politische Straftaten wie Landesverrat vorwarf.«

Neues Deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Geschäftsführer und Verleger: Olaf Koppe -1611, Fax: -1610; **Telefon-Einwahl:** (030) 2978-..., **Auskunft:** -1111, **Fax:** -1600; **Internet:** www.neues-deutschland.de **E-Mail:** redaktion@nd-online.de **Vertrieb/Aboservice:** -1800, Fax: -1630, aboservice@nd-online.de **Private Geschäftskunden:** -1841, Fax: -1840, anzeigen@nd-online.de **Private Kleinanzeigen:** -1844, Fax: -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Chefredakteur: Jürgen Reents (V.i.S.d.P.) -1711, Fax: -1710; **Stellvertr. Chefredakteure:** Wolfgang Hübner (verantwortl. für Tagesthema u. Seite 3) -1713; Gabriele Oertel -1716; **Chef v. Dienst:** Reinhard Götzke -1712; **Redaktionssekr.:** Peter Kollwe -1714; **Resortleiter:** **Ausland:** Olaf Standke -1731; **Inland:** Uwe Kalbe -1759; **Feuilleton:** Hans-Dieter Schütt -1769; **Berlin/Brandenburg:** Klaus Joachim Herrmann -1745; **Sport/Service:** Jirka Grahl -1727 (**Leserbriefe:** -1724); **Gestaltung/Herstellung:** Wolfgang Wegener -1821; **Anzeigen Geschäftskunden:** Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842;

Marketing: Dirk Külöw (Leitung) -1612, Fax: -1610; **Leserreisen:** Dr. Irene Kohlmetz -1621, Frank Diekert -1620, Fax: -1650; **ND-Shop, Literatur-, Film-, Musik- Service:** Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax: -1650; shop@nd-online.de Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. Januar 2010. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, Tel.: (030) 28 49 30 oder www.presse-monitor.de

Bankkonto: Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48. Monatl. **Abonnementspreis** (inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 26,20 €, alte Bundesländer zzgl. 0,10 € Versandkosten pro Tag, Ermäßigtes Abo 17,00 €, Soli-Abo 30,00 €, Teilabos auf Anfrage. Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums schriftlich gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. **Benutzte Agenturen:** dpa, AFP, SID, epd, Prensa Latina (PL), IPS **Druck:** Druckhaus Schöneeweide GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin **Verkaufte Auflage:** 37.781 (lt. IVW 3/2010)